

PRESSEMELDUNG

Europäischer Umweltrat leitet de-facto Verbrenner-Verbot für schwere Nutzfahrzeuge ein

Berlin, 17. Oktober 2023: Der Rat der Umweltminister der EU hat gestern über seine Position für die Verhandlungen mit dem Parlament zu den CO₂-Flottenzielen für schwere Nutzfahrzeuge beraten. Italien hat dazu die Einführung eines [Kohlenstoff-Korrektur-Faktors](#) (CCF) vorgeschlagen. Mit diesem Instrument wird der real bestehende Kraftstoffmix in der Regulierung abgebildet und den LKW-Herstellern angerechnet. Bisher werden erneuerbare Kraftstoffe in der Regulierung nicht angerechnet und wie fossile Kraftstoffe behandelt. Mit einer knappen Mehrheit entschieden sich die Ratsmitglieder gegen die Einführung eines CCF und damit gegen die von der Logistikbranche dringend geforderte größere Entscheidungsfreiheit in der Wahl der Antriebsoptionen zur Sicherung der wirtschaftlichen Resilienz.

Obwohl die Slowakei, Tschechien, Ungarn, Polen und Griechenland für den Antrag stimmten, konnte keine Sperrminorität gebildet werden, um die Mehrheitsentscheidung aufzuhalten und weiter über das Thema zu beraten. Die Bundesregierung verfehlte erneut Ihre Chance sich auf europäischer Ebene rechtzeitig für pragmatische Lösungen einzusetzen. Bundesumweltministerin Steffi Lemke sprach sich klar gegen diese Regelung aus und warb für einen „all electric“-Strategie für die Nutzfahrzeuge. Mit der Ablehnung des CCF wurde ein de-facto Verbot des Verbrennungsmotors auch bei Nutzfahrzeugen eingeleitet. Eine erneute Überprüfung der Anrechnung von erneuerbaren Kraftstoffen soll erst im Review 2027 stattfinden – genauso stand es bereits für diesen Review im Regulierungstext.

„Einmal mehr wurde deutlich, dass die Ambitionen der derzeitigen Bundesregierung weder real klimapolitisch sind noch in der Europapolitik liegen. Es war ein starkes Zeichen, dass sich unser Bundesverkehrsminister Volker Wissing klar für eFuels im Straßenverkehr einsetzt und einen delegierten Rechtsakt für rein mit eFuels betriebene PKW geforderte hatte. Leider verfehlte insbesondere das Umweltministerium nun, sich für eine Anrechnung klimafreundlicher Kraftstoffe bei schweren Nutzfahrzeugen einzusetzen. kritisiert Ralf Diemer, Geschäftsführer der eFuel Alliance.

Die heutige Ratsposition ist noch keine finale Entscheidung gegen den CCF. Die verantwortlichen Ausschüsse des EU-Parlaments ziehen eine Einführung des CCF in Betracht, auch wenn dieser nur eingeschränkt gelten solle. Die Trilog-Verhandlungen zur CO₂-Flottenregulierung schwerer Nutzfahrzeuge sind Ende des Jahres, Anfang 2024 wahrscheinlich.

„Der CCF ist für die Sicherung des gesamten Logistiksektors und damit dem Rückgrat der europäischen Wirtschaft grundlegend. Der Logistiksektor ist sehr diversifiziert und besteht hauptsächlich aus klein- und mittelständischen Unternehmen, für die eine abrupte Antriebs- und Flottenumstellung existenzbedrohend ist. Wir verspielen hier enorm wichtige Weichenstellungen“, so Diemer. „Des Weiteren sind deutlich weniger Investitionen in erneuerbare Kraftstoffe wahrscheinlich, wenn langfristig der Einsatz im Schwerlastverkehr regulatorisch ausgeschlossen wird.“

>>>Die eFuel Alliance e.V.<<<

Die eFuel Alliance ist eine Interessengemeinschaft, die sich für die politische und gesellschaftliche Akzeptanz von eFuels und für deren Zulassung einsetzt. Wir vertreten mehr als 170 Unternehmen, Verbände und Verbraucherorganisationen entlang der Wertschöpfungskette der eFuel-Produktion. Wir stehen für einen fairen Wettbewerb und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle relevanten Emissionsminderungslösungen. Wir bekennen uns klar zu mehr Klimaschutz und wollen erreichen, dass der bedeutende Beitrag von eFuels zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz breit anerkannt wird. Unser Ziel ist es, die industrielle Produktion und breite Nutzung von CO₂-neutralen Kraftstoffen aus erneuerbaren Energiequellen zu ermöglichen.

>>>KONTAKT<<<

eFuel Alliance e.V.
Leitung Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Jan Wehrhold

PRESSEMELDUNG

T +49 160 6585763

E wehrhold@efuel-alliance.eu